

Energiewende

Risiken und Nebenwirkungen

[17.04.2013] Wenn nicht gegengesteuert wird, führt die Energiewende zur Spaltung der Gesellschaft und einer Konsolidierung der Stadtwerklandschaft. Dies sind Ergebnisse einer aktuellen Studie zum künftigen Energiemarkt.

Eine Studie zur Entwicklung des Energiemarktes bis zum Jahr 2023 haben das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge an der Universität Leipzig und die Berliner Strategieberatung SNPC vorgestellt. Ein Ergebnis: Die Energiewende kann soziale Verwerfungen schaffen. Wenn nicht gegengesteuert werde, spalte sich die Gesellschaft in wohlhabende, die Energiewende aktiv mitgestaltende Bürger und einkommensschwächere Menschen. Die Gefahr: Reichere Bevölkerungsschichten gehen zur Selbstversorgung über und klinken sich so aus den Gemeinkosten der Energieversorgung aus. Finanziell schwächere haben diese Möglichkeit nicht und leiden damit unter steigenden Preisen. Sie schultern einen Großteil der finanziellen Last einer funktionierenden Energieversorgung.

Ein Risiko bestehe auch für die Stadtwerke, lautet ein weiteres Ergebnis der Studie. Die kommunalen Versorger würden auch in Zukunft zusätzliche Netze übernehmen und noch mehr Energie erzeugen. Der Einstieg in die Erzeugung erneuerbarer Energien sei jedoch kein risikoloses Unterfangen. Technische Probleme und Marktrisiken würden derzeit noch unterschätzt. Die Herausforderungen für kleine unabhängige Stadtwerke würden immer größer. Zusammenschlüsse und Kooperationen sorgten künftig für eine Bereinigung der Stadtwerklandschaft. Dies könne für Kommunen durchaus schmerzhaft sein, so die Autoren der Studie.

Die Untersuchung basiert auf Einschätzungen und Prospektionen führender Repräsentanten und Entscheider mit Bezug zum Energiemarkt aus den sieben Gruppen Energiewirtschaft, Wissenschaft, Konsumenten und ihren Interessensorganisationen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie Politik und Verwaltung.

(al)

Die Studie kann hier per E-Mail kostenlos angefordert werden.

Stichwörter: Politik,